

Abo **Kantonswahlen in Bern**

Impfgegner, Tierrechtlerinnen und Kameraden: Sie sind die Exoten im Wahlkampf

Sie wollen Drogen legalisieren, Homeschooling stärken – oder fordern mehr vegane Menüs in Kantinen: Diese Aussenseiter kämpfen um Sitze im Kantonsparlament.



Christoph Albrecht

Publiziert: 24.02.2026, 06:00



Flyern für ein vereinteres Europa: Grossratskandidatin Ursina Riedel von der paneuropäischen Partei Volt.

Foto: Marcel Bieri

Neben den etablierten Parteien treten bei den [Grossratswahlen Ende März](#) auch Kleinparteien an, die sich nur geringe Wahlchancen ausrechnen können. Wir stellen einige von ihnen samt ihren Visionen vor.

Die Europafreunde

Als paneuropäische Partei ist Volt inzwischen in über 31 Ländern aktiv. Im nationalen Parlament in den Niederlanden hält sie einen Sitz, auch im EU-Parlament ist sie vertreten. Hierzulande aber gilt sie noch als weitgehend unbekannte Bewegung.

Als progressive, linksliberale Kraft will die Partei etwa Vermögen stärker besteuern, ein Grundeinkommen einführen, das Wahl- und Stimmrechtsalter auf 16 Jahre senken oder die Lehrerlöhne erhöhen. Vor allem aber zielt sie auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten ab.

«Die aktuelle geopolitische Lage zeigt, dass ein gemeinsames Vorgehen wichtiger denn je ist», sagt Ursina Riedel. Die ehemalige Nidauer SP-Stadträtin ist eine der drei Kandidierenden für die Grossratswahl und hat sich nach eigenen Angaben vom «Idealismus der neuen Partei anstecken lassen».

Ein Credo von Volt lautet «Best practice»: Was in anderen Ländern gut funktioniert – etwa die Förderung des Veloverkehrs in den Niederlanden oder eine effiziente digitale Verwaltung in Estland – soll, lokal angepasst, übernommen werden.

Die Retter des Bargelds



Richard Koller, Initiant der nationalen Initiative «Bargeld ist Freiheit», kandidiert für die Schweiz-Macher bei den Grossratswahlen.

Foto: Peter Klauzer

«Die Schweizermacher» ging als erfolgreichster Schweizer Film in die Kinogeschichte ein. Die politische Gruppierung Schweiz-Macher ist dagegen trotz Namensähnlichkeit kaum jemandem ein Begriff.

Zuletzt ist der Verein jedoch in den medialen Fokus gerückt – wegen der [nationalen Bargeldinitiative](#). Der Kopf dahinter ist Richard Koller, Mitgründer der Schweiz-Macher und selbst einer von fünf Männern, die im Wahlkreis Oberland kandidieren.

Auch auf kantonaler Ebene kämpfen die Schweiz-Macher für den Erhalt des Bargelds. So hat Koller etwa gegen die BLS Beschwerde eingereicht, weil diese ihre Billettautomaten umrüstet – auf bargeldlos. «Es geht uns um die Selbstbestimmung der Menschen», sagt Koller, der 2023 bei den Nationalratswahlen auf der Liste der

Coronaskeptiker von Aufrecht Bern kandidiert hatte und die Schweiz-Macher als Mitte-links-Partei bezeichnet.

Doch hat die Gruppe auch noch andere Anliegen? Laut Koller wolle man sich auf lokaler Ebene unter anderem für eine bessere Verkehrsführung im Oberland sowie gegen Windkraftwerke und die «Auswüchse von Airbnb» einsetzen.

Die Datenschützer



Für mehr Datenschutz und eine höhere IT-Kompetenz beim Staat: Jorgo Ananiadis, Grossratskandidat für die Piratenpartei.

Foto: Susanne Keller

Der gläserne Bürger, der praktisch alle persönlichen Daten preisgibt und kaum mehr Privatsphäre besitzt – es ist das Horrorszenario der Piratenpartei. Diese setzt sich für mehr Datenschutz ein

und fordert bei der Datensammlung durch Firmen und Behörden klare Grenzen.

Ein weiteres Ziel der Piraten ist es, die ihrer Ansicht nach mangelnde IT-Kompetenz innerhalb der Verwaltung zu stärken. «Für IT-Projekte werden immer wieder Steuergelder verprasst», sagt Jorgo Ananiadis mit Verweis auf das [gescheiterte, millionenteure Informatikprojekt Nevo/Rialto](#) von Berner Polizei und Justiz.

Der Elektroingenieur Ananiadis sitzt für die Piratenpartei im Ostermundiger Parlament und ist einer von 25 Kandidierenden bei den Grossratswahlen. Neben mehr digitaler Kompetenz beim Staat plädiert Ananiadis für eine schlankere und effizientere Verwaltung sowie für die Trennung von Kirche und Staat.

Die Tierrechtler



Nach seinem Einzug ins Berner Stadtparlament will er auch in den Grossen Rat: Tobias Sennhauser von der Tierrechtsorganisation Tier im Fokus.

Foto: Marcel Bieri

Mit seiner Wahl in den Stadtrat von Bern holte der Tierschützer Tobias Sennhauser letztes Jahr für den Verein Tier im Fokus erstmals überhaupt einen Sitz in einem Parlament. Nun will die Tierrechtsorganisation auf kantonaler Ebene nachdoppeln und schickt dafür 28 Kandidierende ins Rennen – angeführt von Zugpferd Sennhauser.

Tier im Fokus will unter anderem die Hobbyjagd abschaffen, Tierleid im Rahmen von Showzwecken verhindern und einen Wildtierkorridor für Grossraubtiere wie Wölfe, Luchse und Goldschakale schaffen. Weiter fordert die Organisation mehr pflanzliche Gerichte in kantonalen Kantinen und Mensen. «Wir leben in einem bürgerlichen Kanton, in dem Tieren meist eine rein ökonomische Rolle zukommt», sagt Sennhauser. Ausserdem möchte er, dass das Veterinäramt seine Kontrollen auf Betrieben verschärft.

In der Vergangenheit ist die Tierrechtsorganisation etwa durch Demonstrationen oder [Kritik beispielsweise an der BEA](#) aufgefallen. Eine Aktion von Tobias Sennhauser sorgte besonders für Schlagzeilen: Um Missstände in Berner Poulet-Mastbetrieben aufzuzeigen, drang er in Betriebe ein und machte Videoaufnahmen. Die Aktion hatte für ihn ein [juristisches Nachspiel](#).

Die 5G-Kritiker



Die Massnahmenkritiker von Aufrecht Bern um Petra Burri starten nach den Wahlen 2022 heuer einen erneuten Anlauf bei den Grossratswahlen.

Foto: Nicole Philipp

Hervorgegangen aus der Pandemie, hatte es sich der Verein der Massnahmenkritiker zum Ziel gesetzt, in die Politik einzusteigen. Bei den letzten Wahlen vor vier Jahren schickte Aufrecht Bern total 69 Kandidierende ins Rennen.

Nun sind es mit 41 Kandidierenden, verteilt auf fünf Wahlkreise, etwas weniger geworden. Eine von ihnen ist Aufrecht-Bern-Präsidentin Petra Burri. «Wir spüren im ganzen Kanton eine wachsende Unterstützung von Menschen, die sich von der etablierten Politik nicht mehr vertreten fühlen», sagt sie.

Thematisch steht bei Aufrecht immer noch Corona zuoberst auf dem politischen Programm. Konkret wird eine unabhängige Untersuchung der damaligen Massnahmen gefordert. Die Partei, die sich selbst als Bürgerbewegung sieht, verschreibt sich inzwischen

aber auch anderen Themen. So kämpft sie unter anderem gegen 5G-Mobilfunkantennen und will Homeschooling fördern.

Die Impfgegner



Bianka Stettler von Mass-Voll bei einer Demonstration. Sie findet: «Nicht die Bürger, sondern der Staat sollte besser überwacht werden.»

Foto: ZVG

Wie Aufrecht ist auch Mass-voll als Protestbewegung gegen die Coronamassnahmen entstanden. Die Gruppierung tritt jedoch öffentlichkeitswirksamer auf, inszeniert sich regelmässig an Demos – und polarisiert mit einer gewissen Nähe zu Rechtsextremen. So zuletzt Mitte Februar als Mass-voll [in St. Gallen gegen ein Impfblogatorium demonstrierte](#). An der Spitze des Demonstrationzugs liefen Mitglieder der Jungen Tat mit.

National prägt der [umstrittene Präsident Nicolas Rimoldi](#) die Marke. Lokal ist das Spektrum der Mass-voll-Figuren einigermassen heterogen. Bei den Grossratswahlen tritt die Partei mit nur einer Kandidatin an: mit Bianka Stettler. Auch nach der Pandemie sei es

wichtig, sich für die Freiheit und die Grundrechte einzusetzen, sagt die Social-Media-Spezialistin.

So engagiere sie sich nicht nur gegen Impfbulatorien, sondern etwa auch gegen den Ausbau der digitalen Überwachung wie beispielsweise Kameras im öffentlichen Raum. «Nicht die Bürger, sondern der Staat sollte besser überwacht werden», findet sie. Sie fordert denn auch mehr Transparenz, wenn es um die Einsicht in Behördendossiers geht.

Die Kameraden

Der [«Blick»](#) betitelte das, wofür Exotenparteien wie Die Musketiere zuweilen eintreten, einst als «gaga». Diese meinen es mit ihrer Kandidatur im Wahlkreis Oberaargau aber durchaus ernst, wie Kandidat Micha Grossenbacher sagt. Seine Hauptbotschaft: Werte wie Treue, Kameradschaft und Zusammenhalt hochhalten. «Davon fehlt es in der heutigen Gesellschaft.»

Die Musketiere zeigen sich besorgt darüber, dass sich Menschen durch die sozialen Medien zunehmend abschotten. Die Gruppe plädiert für mehr Gemeinschaft und möchte beispielsweise vernetzende Quartierprojekte sowie Generationenwohnprojekte fördern.

Die Einzelkämpfer



Er hat durch die Aneignung von herrenlosen Grundstücken Bekanntheit erlangt: Der selbst ernannte König der Schweiz Jonas Lauwiner.

Foto: Beat Mathys

Sein Wohnort liegt über 9000 Kilometer von Bern entfernt, im thailändischen Buriram. Dennoch stellt sich der Auslandschweizer Philipp Jutzi zur Wahl ins Berner Kantonsparlament. Der Hotelsekretär möchte gemäss Smartvote unter anderem das Rentenalter auf 67 Jahre erhöhen oder stark belastete Autobahnabschnitte ausbauen. Auch spricht er sich für den Bau neuer Atomkraftwerke sowie für den Ausbau der Armee aus. Gleichzeitig möchte er etwa den Cannabiskonsum legalisieren und ist für die Einführung eines dritten amtlichen Geschlechts.

Auch der Burgdorfer Stadtrat Jonas Lauwiner möchte in den Grossen Rat in Bern. Im Wahlkreis Mittelland-Süd tritt der Mann, der sich mit der [Aneignung von herrenlosen Grundstücken](#) einen Namen gemacht hat, mit der Liste «König Jonas Lauwiner im Dienst für die Berner» an. Er will die Masseneinwanderung stoppen, die Steuern senken, den Anstieg der Krankenkassenprämien aufhal-

ten, die Bürokratie reduzieren und sich für mehr Bildung und Sicherheit einsetzen.

Christoph Albrecht ist Redaktor im Ressort Bern und schreibt über verschiedenste Themen, die Bern und seine Vororte bewegen. Er hat Mehrsprachige Kommunikation an der ZHAW studiert und die Schweizer Journalistenschule MAZ absolviert. [Mehr Infos](#)

✕ @calbrecht_